

Simonis, Udo E.

**Article — Digitized Version**

## Die Rohstofffrage im "Nord-Süd-Dialog": einige kritische Anmerkungen

Die Mitarbeit: Zeitschrift zur Gesellschafts- und Kulturpolitik

**Provided in Cooperation with:**

WZB Berlin Social Science Center

*Suggested Citation:* Simonis, Udo E. (1979) : Die Rohstofffrage im "Nord-Süd-Dialog": einige kritische Anmerkungen, Die Mitarbeit: Zeitschrift zur Gesellschafts- und Kulturpolitik, ISSN 0026-6779, Schwartz, Göttingen, Vol. 28, Iss. 1, pp. 46-65

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/112430>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



## WZB-Open Access Digitalisate

## WZB-Open Access digital copies

---

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH  
Bibliothek und wissenschaftliche Information  
Reichpietschufer 50  
D-10785 Berlin  
E-Mail: [bibliothek@wzb.eu](mailto:bibliothek@wzb.eu)

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)  
Library and Scientific Information  
Reichpietschufer 50  
D-10785 Berlin  
e-mail: [bibliothek@wzb.eu](mailto:bibliothek@wzb.eu)

---

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

# Die Rohstofffrage im „Nord-Süd-Dialog“

Einige kritische Anmerkungen

Von Udo Ernst Simonis, Berlin

„The global distribution of income and wealth will become a central problem of international politics during the final decades of this century.“

Graham Allison

## I. Einleitung

In dem lehrreichen (aber fast schon wieder vergessenen) RIO-Bericht an den Club von Rom heißt es in bezug auf den „Nord-Süd-Dialog“ unter anderem: „Die letzten Jahrzehnte haben einigen wenigen Nationen Reichtum und Wohlstand und allen Nationen eine Vielfalt von Problemen gebracht. Sie haben es notwendig gemacht, daß viele Werte, Ideen und Konzepte, nach denen die Beziehungen zwischen den Nationen und in den Nationen gestaltet worden sind, nunmehr in Frage gestellt werden. Sie haben die Länder dieser Welt in ein Netzwerk gegenseitiger Abhängigkeit eingebunden, aus dem kein Land sich, wie mächtig es auch immer sein mag, ausschließen kann.“ Ein Ausgangspunkt der weltweiten Diskussion um die Beziehungen zwischen den Nationen im allgemeinen und um die internationale Arbeitsteilung und die darin liegende Abhängigkeit im besonderen, ist das ausgeprägte wirtschaftliche und soziale Gefälle zwischen dem „Norden“ (den Industrieländern) und dem „Süden“ (den Entwicklungsländern). Einen ersten Niederschlag fand diese Diskussion in verschiedenen Dokumenten der Vereinten Nationen und ihrer Unterorganisationen, wie: der „Erklärung und Aktionsprogramm über die Errichtung einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung“ (1974, der „Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten“ (1974), der „Entschließung der 7. Sonder-Generalversammlung der Vereinten Nationen“ (1975), der „IV. Welt-handels- und Entwicklungskonferenz — Schlußdokumente“ (1976), usw. Die in Gang gekommene Diskussion um eine Neue Internationale Wirtschaftsordnung ist also eine Reaktion auf die Forderungen der Entwicklungsländer, sie ist keine Erfindung derjenigen, die die jetzige Ordnung geschaffen und geprägt haben, diese für richtig halten und weiterhin verteidigen. Dies ist zunächst der Hintergrund, vor dem das Thema dieser Abhandlung gesehen werden muß.

Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf einen Ausschnitt aus dieser Diskussion — auf die Rohstofffrage; sie sind so strukturiert, daß zunächst einiges zu den allgemeinen Forderungen der Entwicklungsländer an die Industrieländer gesagt wird und dazu, warum sie das tun (Teil II); dann werden die speziellen Forderungen der Entwicklungsländer im Rohstoffbereich und deren Begründung vorgestellt (Teil III) — insbesondere das Integrierte Rohstoffprogramm (Teil IV). Danach ist dann auf die Antworten einzugehen, die die Industrieländer auf diese Forderungen bisher gegeben haben bzw. derzeit geben (Teil V). Zum Schluß soll eine eher subjektive Einschätzung des Themas erfolgen und die Diskrepanz aufgezeigt werden zwischen

---

1 J. Tinbergen et al.: Reshaping the International Order. A Report to the Club of Rome, New York 1976, S. 186 f. (sog. RIO-Bericht; eigene Übersetzung).

dem, was getan werden könnte und dem, was aller Wahrscheinlichkeit nach getan werden wird. Dies schließt die Frage ein, ob wir uns in Europa eigentlich auf den „Nord-Süd-Dialog“ so vorbereitet haben, daß wir zur Lösung der anstehenden Probleme einen ernst gemeinten und realisierbaren Beitrag leisten können. Als Ökonom werde ich mich bei meinen Ausführungen auf ökonomische Fragen konzentrieren, aber keineswegs vor politischen Aussagen zurückschrecken.

### II. Allgemeine Forderungen der Entwicklungsländer und deren Begründung

Die wirtschaftliche Entwicklung im Nord-Süd-Zusammenhang ist, wenn man das üblicherweise verwendete Leistungskriterium (Bruttosozialprodukt je Kopf der Bevölkerung) zugrundelegt, durch folgende Tatsachen gekennzeichnet:

- aufgeholt gegenüber dem Norden (hier und im folgenden verstanden als Gesamtheit der OECD-Länder) haben seit 1960 etwa 27 Länder (ohne Öl-Länder);
- relativ zurückgefallen sind etwa 110 Entwicklungsländer;
- absolut geschrumpft ist das Bruttosozialprodukt (BSP) in etwa 5 Ländern;
- in den übrigen Entwicklungsländern ist zwar das BSP insgesamt, nicht aber das BSP je Kopf der Bevölkerung schneller gestiegen als im Norden<sup>2</sup>.

Trotz dieser beachtlichen Unterschiede im Wachstumstempo sprechen die Repräsentanten der Entwicklungsländer, die (seit 1964) in der United Nations Conference on Trade and Development (UNCTAD) ein wichtiges Forum haben, in den Vereinten Nationen im wesentlichen mit einer Stimme: daß die Weltwirtschaft zugunsten der Entwicklungsländer verändert werde. Im einzelnen werden unter anderem verlangt<sup>3</sup>:

- Stabile und höhere Rohstoffpreise;
- mehr Handelspräferenzen;
- Verfügungsgewalt über heimische Ressourcen und über Unternehmen in Auslandsbesitz;
- freien Zugang zu den Märkten und der Technologie der Industrieländer;
- Erlaß der Auslandsschulden, zumindest für die ärmeren Länder und leichtere Rückzahlungsbedingungen für die anderen;
- zusätzliche Kapitalhilfen in Form von Sonderziehungsrechten;
- eine Zunahme der echten öffentlichen Entwicklungshilfe auf die zugesagten 0,7 Prozent des BSP der Industrieländer.
- Diese (und weitere) Forderungen der Entwicklungsländer verbinden sich mit dem Ziel, ihren Anteil an der Industrieproduktion der Welt von derzeit 8 auf 25 Prozent im Jahre 2000 zu erhöhen.

Nach der 4. Welthandels- und Entwicklungskonferenz (in Nairobi, 1976) und der Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit in Paris (in engerem Sinne „Nord-Süd-Dialog“ genannt), fand in Genf eine weitere Gesprächsrunde statt, auf der das vom UNCTAD-Sekretariat konzipierte „Integrierte Rohstoffprogramm“ und der dazu

---

<sup>2</sup> Vgl. H. Giersch: Europa und die Wirtschaft. Politische und ökonomische Ansätze zur Lösung des Nord-Süd-Konfliktes, in: Bergedorfer Gesprächskreis zu Fragen der freien industriellen Gesellschaft, Protokoll Nr. 57, Hamburg 1977, S. 17–18, hier S. 18.

<sup>3</sup> Vgl. ebenda, sowie die eingangs genannten offiziellen Dokumente der Vereinten Nationen, von denen einige abgedruckt sind in: R. Jonas/M. Tietzel (Hrsg.): Die Neuordnung der Weltwirtschaft, Bonn-Bad Godesberg 1976, S. 207–255.

gehörende „Gemeinsame Fonds“ zur Erörterung anstanden. In Mai 1979 wird die 5. Welthandels- und Entwicklungskonferenz (in Manila) beginnen. In der Frage, warum es zu den genannten und diesen aktuellen Forderungen kommt, wären viele Fakten und Ursachen zu nennen; hier muß eine Auswahl genügen:

Teilt man die Welt in drei Wirtschaftsböcke, nämlich westliche und östliche Industrieländer sowie Entwicklungsländer auf, so ergibt sich etwa das folgende Bild der Verteilung der Bevölkerung einerseits und der Wirtschaftsleistung andererseits<sup>4</sup>:

Schätzwerte	Welt-Bevölkerung	Welt-Sozialprodukt
Westliche Industrieländer	17,8	65,7
Östliche Industrieländer	32,0	20,2
Entwicklungsländer	50,2	14,1
	100,0	100,0

Das enorme Gefälle zwischen Nord und Süd, das sich in diesen Zahlen bereits widerspiegelt, wird noch deutlicher, wenn man als Indikator das Pro-Kopf-Einkommen zu Rate zieht. Hierzu stellt der schon zitierte RIO-Bericht eine interessante Rechnung auf:

Vergleicht man das durchschnittliche Einkommen der reichsten 10 Prozent der Welt-Bevölkerung mit dem der ärmsten 10 Prozent und dividiert man die entsprechenden Werte für die Reichsten mit einem Faktor von 2,25 – um das höhere Preisniveau und sämtliche Doppelzählungen zu eliminieren – so bleibt (noch immer) ein Verhältnis von 13 : 1 übrig.

Die vorhandenen Einkommensdisparitäten und der Trend der weiteren Verschlechterung dieser Relation sind – so meint die RIO-Gruppe – „völlig unannehmbar, sowohl aus Gründen der Menschenwürde als auch wegen der Gefahr der politischen Instabilitäten, die eine solche Relation impliziert. Das Fortbestehen solcher Disparitäten ist unvereinbar mit der Vorstellung einer sozial und ökonomisch gerechten Ordnung der Welt. Bemühungen zum Abbau dieser Disparitäten müssen höchste Priorität erhalten... Sie abzubauen ist nicht nur Voraussetzung für eine fairere Welt, sondern auch für das Weiterbestehen der Menschheit über das 20. Jahrhundert hinaus<sup>5</sup>“.

Auch wenn man darüber streiten mag, ob denn die Verringerung des Einkommensgefälles überhaupt das zentrale Ziel des „Nord-Süd-Dialogs“ ist oder sein sollte, das Einkommen und die Einkommensdifferenz ist ganz sicherlich der wichtigste ökonomische Indikator, der diesen „Dialog“ bestimmt.

Der RIO-Bericht berechnet mit Hilfe eines einfachen Modells (mit den Variablen Bevölkerungszunahme, Nahrungsmittelproduktion und Einkommen) was geschehen müßte, wenn das genannte Nord-Süd-Gefälle von 13 : 1 auf etwa 13 : 4 gesenkt werden soll (und damit eine Größenordnung erreicht, wie sie beispielsweise innerhalb Europas – mit 3 : 1 – heute vorherrscht)<sup>6</sup>. Um diese alternative Situation zu

<sup>4</sup> Vgl. RIO-Bericht, a. a. O., S. 12.

<sup>5</sup> Ebenda, S. 87 (eigene Übersetzung).

<sup>6</sup> Ebenda, S. 93.

erreichen, müßte (unter Einbeziehung und in Erwartung gewisser Grenzen des gesamten wirtschaftlichen Wachstums) zum Beispiel:

- die Nahrungsmittelproduktion der Welt um 3 Prozent pro Jahr zunehmen;
- die Bevölkerungszuwachsrate unter die Rate gesenkt werden, mit der die Vereinten Nationen derzeit noch rechnen.
- Gleichzeitig müßte das Pro-Kopf-Einkommen in den Entwicklungsländern um 5 Prozent pro Jahr steigen,
- wenn dieses in Europa und in den anderen Industrieländern um nur mehr durchschnittlich 1,2 Prozent pro Jahr zunehmen würde.

Selbst unter diesen – für sich genommen und im einzelnen bereits eher unwahrscheinlichen – Annahmen, würde der entsprechende Prozeß zur Reduzierung des Nord-Süd-Gefälles auf die genannte Einkommensrelation von 3 : 1 mehr als 40 Jahre in Anspruch nehmen. Wenn man die genannte Relation sozusagen als weltpolitische „Stabilitätsbedingung“ definierte, so bleibt die Frage, ob die Armen der Welt bereit sein werden, fast ein halbes Jahrhundert zu warten, nur um bei jenem Gefälle zu enden, das im „Norden“ selbst noch besteht.

### **III. Spezielle Forderungen der Entwicklungsländer im Rohstoffbereich und deren Begründung**

Im Rahmen der Verhandlungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern hat der Rohstoffbereich in den vergangenen Jahren deutlich im Vordergrund gestanden. Die Veränderung der Rohstoffwirtschaft wird von den Entwicklungsländern als eine der wesentlichen Voraussetzungen für die Überwindung ihrer Unterentwicklung angesehen, die Rohstoffpolitik ist zu einem zentralen Hebel zur Realisierung der angestrebten Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung geworden. Zur Beantwortung der Frage, die im Thema dieser Abhandlung steckt, ob nämlich der Rohstoffbereich geeignete Ansatzpunkte für die Überwindung der Unterentwicklung bietet, ist es zunächst notwendig, die Bedeutung der Rohstoffe für die Wirtschaft der Entwicklungsländer und für die Weltwirtschaft insgesamt kurz zu umreißen.

Der Anteil der Entwicklungsländer am gesamten Rohstoffimport der Industrieländer liegt bei etwa 50 Prozent. Zugleich werden die Industrieländer in bezug auf die erkennbar knapper werdenden, nicht erneuerbaren Rohstoffe zunehmend von den Entwicklungsländern abhängig. Umgekehrt gesehen, ist der Rohstoffexport für die Entwicklungsländer sehr bedeutsam, er macht z. B. im Durchschnitt über 75 Prozent ihrer Exporteinnahmen aus<sup>7</sup>.

Geht man von der Struktur des Rohstoffhandels aus, so haben die Entwicklungsländer im Hinblick auf den derzeitigen Weltbedarf wichtige Einzelpositionen inne<sup>8</sup>:

- sie sind Haupterzeuger der tropischen Nahrungsmittel;
- sie sind bei Industrierohstoffen auf landwirtschaftlicher Basis mit wenigen Ausnahmen die mit Abstand wichtigsten Anbieter;

<sup>7</sup> Vgl. hierzu im einzelnen D. Keschull, W. Kühne, K. W. Menck: Das integrierte Rohstoffprogramm. Prüfung entwicklungspolitischer Ansätze im Rohstoffvorschlag der UNCTAD, Hamburg 1977.

<sup>8</sup> Vgl. ebenda, S. 27 f.

- sie vereinigen rund ein Drittel der Erdölerzeugung auf sich;
- sie sind mit rund einem Drittel an der Gewinnung von Mineralien beteiligt.

Diese wenigen Fakten geben bereits erste Hinweise auf die strategische Bedeutung der Rohstoffe für die internationale Auseinandersetzung. Gleichzeitig deuten sie an, daß eine Anhebung der Rohstoffpreise für sich genommen die Verteilung des Einkommens in der Welt noch nicht verbessert: so findet ja z. B. die zweite Hälfte der gesamten Rohstoffproduktion in den Industrieländern statt. Deshalb können nur selektive Maßnahmen zugunsten der Entwicklungsländer auf die Verteilung im weltweiten Sinne positiven Einfluß haben. Anders ausgedrückt: Rohstoffe sind keineswegs ausschließlich ein Nord-Süd-Problem — wenn auch eines der wichtigsten in diesem Beziehungsfeld.

Das Interesse der Entwicklungsländer an der Rohstoffpolitik (und an deren Veränderung) läßt sich vor allem damit erklären, daß für die meisten von ihnen die Gewinnung und Erzeugung von Rohstoffen bis heute die Basis der wirtschaftlichen Gesamtaktivitäten darstellt — für das Sozialprodukt und dessen Zunahme, für die Beschäftigung, für die Exporterlöse und damit für die Zahlungsbilanz. Ursächlich dafür sind sowohl die Geographie der Rohstoffe als auch die seit der Kolonialzeit bisher nur unwesentlich veränderte internationale Arbeitsteilung, die den ökonomisch schwachen Ländern bisher im wesentlichen die Rolle von Rohstofflieferanten zuweist.

An zahlreichen Beispielen aus der Geschichte ließe sich nachweisen, daß eine schwerpunktmäßige Ausrichtung auf den Rohstoffbereich bei niedrigen und häufig extrem schwankenden Absatzpreisen und Erlösen die Möglichkeit einer angemessenen und störungsarmen Entwicklung der Gesamtwirtschaft stark beeinträchtigt hat. Aufgrund der vielfach nur geringen Diversifizierung der Exporte sind viele Entwicklungsländer in besonderem Maße von der Entwicklung auf den entsprechenden Weltrohstoffmärkten abhängig: Nachfrage- und Preisschwankungen übertragen sich direkt auf die heimische Wirtschaft, ein Rückgang der Nachfrage oder Preise (der Erlöse) verringert den Finanzierungsspielraum für entwicklungsnotwendige Investitionen. (Eine produktweise Betrachtung würde diese Zusammenhänge besonders deutlich machen<sup>9</sup>.)

Die Analyse der Gründe für die Forderungen von Seiten der Entwicklungsländer wäre unvollständig, würde man hier enden. Die Betrachtung weiterer Faktoren muß hinzukommen. Wenn man die Bedeutung der Rohstoffeinfuhr- und -ausfuhr untersucht und insbesondere die Salden im Rohstoffhandel ermittelt, so ergibt sich etwa folgendes Bild:

- Die Mehrzahl der Entwicklungsländer weist im Rohstoffhandel beträchtliche Überschüsse auf; gleichzeitig sind die Entwicklungsländer aber nicht nur bedeutende Rohstoffexporteure, sondern auch Rohstoffimporteure. Die Untersuchung der prekären Lage der von der Ölpreiserhöhung am härtesten betroffenen MSAC-Länder (most seriously affected countries) hat diesen Tatbestand sehr deutlich gemacht.

---

<sup>9</sup> Vgl. ebenda, S. 38 ff.

- Die Hauptdefizitländer im Rohstoffhandel sind (erwartungsgemäß) die westlichen Industrienationen – insbesondere Westeuropa und Japan. Diesen Tatbestand kann man auch anders ausdrücken: in Hinblick auf zahlreiche Rohstoffe sind die Industrieländer auf die Entwicklungsländer in hohem Maße angewiesen. Ein Beispiel: bei den 18 Rohstoffen des UNCTAD-Programms ist West-Europa bei 7 Rohstoffen zu 100 Prozent, bei 3 Rohstoffen zu 90–100 Prozent, bei 6 weiteren Rohstoffen zu mehr als 40 Prozent von Importen aus Entwicklungsländern abhängig<sup>10</sup>.

Eine andere Komponente der Begründung der Forderungen der Entwicklungsländer liegt im erzielten Marktergebnis: Die Gewißheit oder die Vermutung, daß Rohstoffpreise keine gerechten Preise waren oder sind, die Gewißheit oder die Vermutung, daß sich die terms of trade zwischen dem Industrie- und Rohstoffbereich zugunsten des ersteren und zuungunsten des letzteren verschoben haben oder weiter verschieben, sind ökonomisch wie politisch Gründe für die Legitimierung von Forderungen.

Schließlich liefern vielfältige monopolartige Praktiken auf der Abnehmer- bzw. Vermarktungsseite von Rohstoffen ein Argument gegen jene, die die Bestimmung des gerechten Preises einer Ware für immanent unmöglich halten, bzw. behaupten, daß es kein objektives Kriterium für die Ermittlung eines gerechten Preises gäbe. Ohne hier an dieser Stelle die empirische Analyse weiterdetaillieren zu wollen, läßt sich in bezug auf die Rohstoffeinfuhr und -ausfuhr und die entsprechenden Handels-salden – bei Außerachtlassung des Handels mit Erdöl und Ölprodukten – folgendes generell festhalten:

- die Mehrzahl der Entwicklungsländer erzielt im Außenhandel mit Rohstoffen Überschüsse; eine Preisanhebung für alle Rohstoffe würde (bei unveränderten Absatzbeziehungen) die Entwicklungsländer insgesamt, jedoch nicht alle von ihnen gleichermaßen begünstigen;
- von einer allgemeinen Preisanhebung bei Rohstoffen würden von den Industrieländern vor allem Westeuropa und Japan benachteiligt, während andere gleichzeitig begünstigt würden, insbesondere die USA, Kanada und Australien. (Dieses Resultat würde für die Industrieländer ungünstiger, wenn man den Außenhandel mit Erdöl und Erdölprodukten zusätzlich berücksichtigte: Überschüsse wiesen dann nur noch Kanada, Norwegen und Island auf<sup>11</sup>.)

Die bisherigen Festlegungen zeigen gewisse Grenzen der Rohstoffpolitik auf, lassen es aber zugleich verständlich erscheinen, daß der Rohstofffrage von den Entwicklungsländern eine hohe Priorität im „Nord-Süd-Dialog“ eingeräumt wurde und weiterhin eingeräumt wird. Daß diese Priorität in der Diskussion aus einer umfassenderen Sicht der wirtschaftlichen Weltprobleme heraus betrachtet gleichzeitig eine besondere Einseitigkeit bedeutet, dies bezeugt in hervorragender Weise der schon zitierte RIO-Bericht, auf den ich deshalb kurz noch einmal zurückkommen möchte:

---

<sup>10</sup> Vgl. z. B. F. Blackaby et al.: The European Economy beyond the Crisis: From Stabilisation to Structural Change, Bruges Week 1976, Bruges 1977, S. 191.

<sup>11</sup> Vgl. hierzu im einzelnen D. Kobschull et al., a. a. O., S. 50.



Dieser Bericht hat u. a. die folgenden Problembereiche ermittelt, für die weltweite Lösungen zum Zwecke der Veränderung der internationalen Ordnung erforderlich sind (in Stichworten<sup>12</sup>):

- der Rüstungswettlauf, der über 300 Mrd. US-Dollar pro Jahr (oder umgerechnet ca. 100 Mio. DM pro Stunde) verschlingt und damit auch eine Rohstoffvergeudung sondergleichen darstellt;
- die „Bevölkerungsexplosion“, die die Basis für den Bedarf an Rohstoffen ständig verbreitert;
- das Nahrungsmittelungleichgewicht in der Welt in Form gleichzeitiger Unter- und Überernährung (einer zusätzlichen Produktion von 400 Gramm Nahrungsmittel pro Kopf in den Entwicklungsländern steht eine zusätzliche Produktion und Konsumation von 11 000 Gramm pro Kopf in den Industrieländern gegenüber);
- das Siedlungsproblem (insbesondere die Verstädterung), das zu einer enormen Belastung des Naturhaushaltes führt;
- die Probleme, die sich aus den Währungs- und Handelssystemen ergeben (einschließlich der Verschuldung der Entwicklungsländer, die inzwischen über 250 Mrd. US-Dollar oder umgerechnet ca. 600 Mrd. DM erreicht hat);
- die Bereiche Wissenschaft, Technologie und transnationale Unternehmen, in denen wie nirgendwo sonst die Disparitäten zwischen den Industrie- und den Entwicklungsländern eklatant sind.

Die Komplexität und die Interdependenz dieser hier herausgestellten, skizzenhaft betrachteten Problembereiche, die im Hinblick auf die Schaffung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung einer Lösung näher gebracht werden müssen, ist groß – des Beweises bedarf es nicht. Klein erscheint dagegen die Zahl und einfach die Art der Teilfragen, die derzeit auf dem „globalen Bazar“ gehandelt werden; die eine davon, die Rohstofffrage, ist aber schon kompliziert genug – wie die folgenden Ausführungen zeigen werden.

#### **IV. Das „Integrierte Rohstoffprogramm“**

Ein Kernstück der in der jüngsten Zeit erhobenen Forderungen der Entwicklungsländer im Rohstoffbereich ist das vom Generalsekretär der UNCTAD erarbeitete „Integrierte Rohstoffprogramm“ (der sog. Corea-Plan<sup>13</sup>). Mit diesem Plan sind wichtige Empfehlungen, die zuvor schon, jedoch meist in isolierter Form, vorgelegt worden waren, zu einem Gesamtpaket zusammengefaßt worden, das u. a. folgendes vorsieht:

- Einrichtung und Finanzierung von Ausgleichslagern (buffer stocks) für lagerfähige Rohstoffe;

<sup>12</sup> Ausführlicher dazu U. E. Simonis: „Neue internationale Wirtschaftsordnung.“ Zum Problem der Anpassung von Wirtschaft und Gesellschaft in der Bundesrepublik, in: Vorgänge. Zeitschrift für Gesellschaftspolitik, 28, 1977, S. 84–94.

<sup>13</sup> Vgl. hierzu insbesondere UNCTAD. An Integrated Programme for Commodities. The Role of Multilateral Commitments in International Commodity Trade, TD/B/C.1/166, Genf 1974; UNCTAD, Information Service of the United Nations. Statements by Gamani Corea, Secretary General of UNCTAD, to the Conference of Developing Countries on Raw Materials, Dakar 1975, UNCTAD/INF/721, Genf 1975. Eine große Reihe weiterer Veröffentlichungen der UNCTAD ist diesem Thema gewidmet.

- Schaffung eines Systems zur Stabilisierung der Exporterlöse;
- multilaterale Kauf- und Lieferverpflichtungen für Rohstoffe;
- Hilfen bei der Weiterverarbeitung von Rohstoffen und Förderung der Diversifizierung der Wirtschaftsstrukturen.

Zum engeren Bereich der Rohstoffproblematik gehören ferner die

- Bildung von Anbieterzusammenschlüssen (Kartellbildung) und
- die Koppelung der Ausführpreise der Entwicklungsländer mit ihren Einfuhrpreisen (Indexierung).

Zum weiteren Bereich der Rohstoffproblematik gehören Fragen, wie sie z. B. in der „Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten“ (1974) in bezug auf Eigentumsrechte, Technologietransfer, Kontrolle multinationaler Unternehmen usw. zum Ausdruck kommen. Hierauf näher einzugehen würden den Rahmen dieses Beitrages allerdings sprengen. Statt dessen soll versucht werden, die erstgenannten Fragen einigermaßen problemgerecht zu behandeln<sup>14</sup>.

Die Forderungen werden von seiten der Entwicklungsländer u. a. damit begründet, daß die Rohstoffproduktion durch starke Ungleichgewichte gekennzeichnet sei, die sich sowohl kurz- als auch längerfristig zu Lasten der Entwicklungsländer auswirkten. In der Tat unterlag in der Vergangenheit die Preis- und die Mengenentwicklung zahlreicher Rohstoffe mehr oder weniger großen Schwankungen. Insbesondere bei Jute, Kaffee, Kautschuk, Kupfer und Tee zeigen sich besonders häufige und zum Teil auch starke Preisschwankungen – womit neben dem durchschnittlichen Jahresmittel auch die monatlichen Notierungen gemeint sind, die ihrerseits sowohl kurzfristige Änderungen von Angebot und Nachfrage als auch spekulative Aktionen widerspiegeln. Aufgrund dieser Tatsachen streben die Entwicklungsländer neben einer längerfristigen Anhebung des Erzeugerpreinsniveaus insbesondere die Vermeidung der kurzfristigen Schwankungen der Rohstoffpreise an.

Ausschlaggebend für die Konzipierung des integrierten, d. h. mehrere Maßnahmen und mehrere Rohstoffe umfassenden, Programms dürfte des weiteren die Enttäuschung vieler Entwicklungsländer über die nur langsamen Fortschritte beim Aushandeln von Einzelmaßnahmen und über die aufgetretenen Fehlschläge bei einzelnen Rohstoffabkommen der Vergangenheit gewesen sein, der sog. piece-meal approach. Der programmatische Ansatz der UNCTAD versucht insofern sicherzustellen, daß Maßnahmen zu Änderungen im und zur Förderung des Rohstoffbereiches nicht isoliert bleiben, sondern möglichst durch flankierende Maßnahmen ergänzt werden und daß ferner Maßnahmen, die bestimmte Rohstoffe betreffen, nicht nur einigen wenigen Ländern zugute kommen.

Mit dem vorgeschlagenen Programm sollen daher möglichst viele Rohstoffe erfaßt und begünstigt werden, wobei Stabilisierung bzw. Steigerung der Absatzpreise und der Gesamterlöse im Vordergrund stehen. Um Aussagen über die Bedeutung der verschiedenen Maßnahmen im Gesamtzusammenhang machen zu können, dürfte es zunächst erforderlich sein, diese Maßnahmen im folgenden ein wenig näher zu

---

<sup>14</sup> Umfassend hierzu das genannte Werk über das integrierte Rohstoffprogramm von D. Keschull et al., a. a. O.

betrachten und dabei zugleich nach ihren Schwachstellen bzw. nach ihrer Ergänzungsbedürftigkeit zu fragen.

Ich möchte dazu jedoch einige Bemerkungen vorwegschicken: Objektiver Ausgangspunkt der folgenden Ausführungen ist die Tatsache der zunehmenden gegenseitigen Abhängigkeit der Länder der Welt. Normative Ausgangsbasis sind die Forderungen der Entwicklungsländer, die ich als solche zunächst einmal respektiere, und die Prämisse, daß jede verantwortungsbewußte Wirtschaftspolitik das Wohl der Entwicklungs- und Industrieländer insgesamt im Auge haben muß. Oder einfacher ausgedrückt: die ökonomischen Aspekte des Nord-Süd-Problems bestehen darin, daß es den Menschen in den Entwicklungsländern besser gehen soll als bisher, ohne daß es den Menschen in den Industrieländern deshalb notwendigerweise schlechter gehen muß<sup>15</sup>.

#### a) *Rohstoff-Ausgleichslager*

Um für die Rohstoffe, die in ihrem Produktions- und Exportangebot eine große Rolle spielen, möglichst stabile und günstige Preise zu erzielen, fordern die Entwicklungsländer, daß die Industrieländer gemeinsam mit ihnen Ausgleichslager (buffer-stocks) einrichten für zunächst 10 (bzw. 14) Rohstoffe, darunter Baumwolle, Jute, Kaffee, Kakao, Kautschuk, Kupfer, Sisal, Tee, Zinn und Zucker. Diese Rohstoffe zeichnen sich zunächst dadurch aus, daß sie lagerfähig sind und zudem vor allem von Entwicklungsländern angeboten werden. Sie decken etwa ein Drittel des Exportwertes der Entwicklungsländer ab. (Später soll der Kreis der einbezogenen Rohstoffe erweitert werden; nach den Vorschlägen der UNCTAD kämen hinzu: Bananen, Bauxit, Eisenerz, Mangan, Ölsaaten, Phosphate, Rindfleisch und tropische Hölzer.)

Buffer-stocks sind also Rohstofflager, die Preisschwankungen auf Rohstoffmärkten dämpfen, aber auch zur Sicherung einer kontinuierlichen Versorgung der Nachfrager eingerichtet werden sollen. Der Markt funktioniert hier u. a. nicht zufriedenstellend, weil die kurzfristig realisierten Preise Anbieter und Nachfrager in die Irre führen (können). Buffer-stocks schalten den Marktmechanismus nicht aus, sie sollen seine Ergebnisse vielmehr verbessern. Veränderungen von Angebot und Nachfrage würden sich dann nicht immer und sofort in Form von Preisbewegungen, sondern in der Lagerhaltung beim buffer-stock zeigen. Der preis- und mengenstabilisierende Effekt am Markt beruht also darauf, daß Vorräte auf- oder abgebaut werden. Ähnlich wie bei den Offen-Markt-Operationen der Zentralbank im Geldbereich, könnten dadurch die Produktionspreise (durch An- und Verkäufe von seiten des buffer-stock) auf einer bestimmten Höhe gehalten werden. Die Vorteile aus diesem Mechanismus könnten sich auf Anbieter und Nachfrager zugleich erstrecken: in Preis- und Erlösstabilisierung einerseits und Versorgungssicherung andererseits.

Doch ist dieses Konzept der Ausgleichslager nicht problemlos: entscheidend für die Funktionsfähigkeit ist – zumindest längerfristig – der „richtige“ Preis eines Rohstoffs, der Angebot und Nachfrage tendenziell ausgleicht. Ist der anvisierte Preis zu hoch, kommt es womöglich zur Substitutionskonkurrenz oder zu Überschüssen

---

<sup>15</sup> Zu den Implikationen des Pareto-Optimums vgl. z. B. H. Giersch, a. a. O., S. 17.

im Lagerbestand (Überangebot), die bei hohen Lagerkosten auf Dauer nicht finanzierbar wären. Ist der anvisierte Preis zu niedrig, so kommt es entweder zu keinem ausreichenden Lager (zur Verringerung der Angebotsbereitschaft) oder aber – je nach Grad der Diversifizierung der Produktionsstruktur des Anbieterlandes auch zu einem überschnellen Abbau des Rohstoffs auf Seiten der Produzenten.

Um die langfristige Funktionsfähigkeit eines buffer-stock zu erhöhen, erscheint es daher sinnvoll, einen gewissen Interventionspielraum in der Preisfestsetzung vorzugeben bzw. stufenweise Preisänderungen vorzunehmen, die das Herantasten an den (langfristigen) Gleichgewichtspreis ermöglichen. Dies entspricht dem Vorschlag, stufenflexible Abkommen abzuschließen<sup>16</sup>.

Der Umfang der buffer-stocks ist ein vielbeachteter Diskussionspunkt gewesen; er wird in besonderem Maße vom Handelsvolumen bestimmt, aber auch von diversen anderen Faktoren. Die Frage nach einem zentralen oder aber vielen dezentral organisierten Ausgleichslagern (zentralisierte oder dezentralisierte Lagerung) ist ein weiterer Diskussionspunkt, der gelegentlich von seiten der UNCTAD zugunsten der ersten Möglichkeit beantwortet worden ist (wobei u. a. Fragen der militärischen Verwundbarkeit der Lager hineinspielen). Brisanter aber ist die Frage der Finanzierung des Integrierten Rohstoffprogramms geworden.

Auf der Hypothese, daß der Mangel an Finanzmitteln und die divergierenden Entwicklungen bei bisherigen einzelnen Rohstoffabkommen die Hauptursachen für das mehr oder weniger ausgeprägte Scheitern der Stabilitätsbemühungen in der Vergangenheit darstellten, beruht die Forderung der Entwicklungsländer nach einem Gemeinsamen Fonds (common fund), der für alle (10, 14 bzw. 18) Rohstoffe gedacht ist und von Anbieter- und Nachfragerländern gemeinsam aufgebracht werden soll. Der Gemeinsame Fonds wird also als Finanzquelle für die (zentralen) Rohstoffausgleichslager, aber darüber hinaus auch für verschiedene andere Maßnahmen verstanden („zweites Fenster“ zur Finanzierung anderer Maßnahmen als der Lagerhaltung, wie: Diversifikation, Marktförderung, Transportverbesserung, Forschung und Entwicklung).

Dieser Fonds soll aus verschiedenen Komponenten entstehen: Subskriptionen der aus Anbieter- und Nachfragerländern bestehenden Mitglieder (sog. autorisiertes Kapital), freiwillige Beiträge, Anleihen und Einkünfte aus Operationen des Fonds – wobei die Beteiligungsmodalitäten und die Zuteilung der Stimmrechte lange Zeit offen waren, worüber in jüngster Zeit aber eine gewisse Übereinstimmung erzielt worden ist. Auch die Frage der Höhe des benötigten Kapitals hat eine große Publizität erhalten und Debattierlust gezeitigt – häufig mehr als die Frage der Sinnhaftigkeit des Vorschlages selbst<sup>17</sup>.

Nach einer Vorlage der UNCTAD zu den Verhandlungen, die im November 1977 in Genf begannen, wurde für die Anfangsphase mit einem autorisiertem Fondskapital in Höhe von 1 Mrd. US \$ und Anleihekaptal von bis zu 2 Mrd. US \$ gerechnet<sup>18</sup>.

<sup>16</sup> Vgl. dazu D. Keschull et al., a. a. O., insbesondere S. 314 f., sowie speziell D. Keschull: Stufenflexible Abkommen als gangbarer Weg, in: Wirtschaftsdienst, 56. Jg., 5, 1976.

<sup>17</sup> Vgl. O. Matzke: Anhaltende Kontroverse über einen gemeinsamen Rohstoff-Fonds, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 44/77, 5. November 1977.

<sup>18</sup> Vgl. Neue Zürcher Zeitung, 8. November 1977.

Andere Institute und Organisationen kamen in ihren Schätzungen zum Teil auf weit höhere Größenordnungen. Entsprechend hat die Mehrzahl der Industrieländer lange Zeit und mehr oder weniger deutlich erkennen lassen, daß sie sich zu einer gemeinsamen Finanzierung nicht in der Lage sähen. (Gleichzeitig hielten aber einige Regierungen wie aber auch die Kommission der Europäischen Gemeinschaften eine starke finanzielle Beteiligung der Industrieländer in Zukunft für unumgänglich<sup>19</sup>).

#### *b) Gemeinsamer Fonds oder getrennte Fonds?*

Heftig umstritten war die Frage der Koppelung oder Nichtkoppelung der für jeden in das Integrierte Programm einbezogenen Rohstoff erforderlichen Finanzierungsmittel für die Einrichtung der Ausgleichslager und die Durchführung der Stabilisierungsoperationen<sup>20</sup>. Die UNCTAD plädierte eindeutig für die Bildung eines Gemeinsamen Fonds für alle buffer-stocks mit einem zentralen Fonds-Management, bei dem die Beitragsleistung nach dem jeweils erreichten wirtschaftlichen Niveau der Fonds-Mitglieder, die Stimmrechte jedoch unabhängig vom Einzahlungsbetrag verteilt sein sollen (um ärmere Länder vor einem permanenten Überstimmtwerden zu schützen).

Ein Hauptvorteil der Realisierung eines derartigen Gemeinsamen Fonds bestünde darin, daß die Verhandlungen über die Bildung von buffer-stocks für eine größere Zahl von Rohstoffen insofern erleichtert werden würden, als (bei einer solchen ex-ante-Lösung der Finanzierungsfrage) die zum Teil erheblichen Interessensunterschiede innerhalb der Gruppe der Anbieter- und der Gruppe der Nachfragerländer, sowie zwischen diesen Gruppen leichter ausräumbar erscheinen. Ein weiterer Vorteil des Gemeinsamen Fonds könnte darin liegen, daß er – wegen der zum Teil gegenläufigen Preis- und Mengenbewegungen auf den einzelnen Rohstoffmärkten – gegenüber einer Vielzahl von Einzelfonds für jeden Rohstoff einen gewissen Spareffekt aufweist: Überschüsse eines buffer-stock werden zur Deckung von Defiziten bei anderen verwendet. Dies ist auch ein Hauptargument des UNCTAD-Sekretariats, dem von mehreren Seiten allerdings für Größen- und Organisations-Effekt („Gigantismus“) vorgehalten worden ist.

Problematisch bleibt aber auch die Frage, wie die Entwicklungs- und die Industrieländer gleichzeitig zur Finanzierung des Gemeinsamen Fonds veranlaßt werden können, so lange noch mehr oder weniger offen ist:

- welche Rohstoffe letztlich in das Programm aufgenommen und wie viele Lager gebildet werden;
- welche Ausstattung die Abkommen erhalten und wer den Gemeinsamen Fonds führt;
- wie der Mitteleinsatz in Hinblick auf die einzelnen Rohstoffe und Lager geregelt wird;
- welche Folgelasten sich für die Beteiligten nach der Startfinanzierung ergeben werden.

Wichtig ist auch ein weiterer politisch-organisatorischer Punkt: der UNCTAD-Vorschlag bedeutet das „In-die-Pflicht-Nehmen“ der Regierungen der beteiligten

<sup>19</sup> Vgl. Kommission der Europäischen Gemeinschaften: KOM (75), Brüssel 1975.

<sup>20</sup> Vgl. zum folgenden D. Kobschull et al., a. a. O., S. 112 ff.

Länder. Während diese (zumindest bei den Rohstoffen, für die bisher keine Abkommen gelten), die Rohstoffmärkte den privaten Kauf- und Verkaufsinteressen und der Spekulation mehr oder weniger unkontrolliert überlassen, bedeutet der Gemeinsame Fonds finanzielle und organisatorische Mit-Verpflichtung der Mitglieder und damit auch Übertragung von Verantwortung von Unternehmen auf Staaten.

### *c) Stabilisierung der Exporterlöse*

Deviseneinnahmen aus Exporten sind für viele Entwicklungsländer eine wichtige Quelle zur Finanzierung des internen Entwicklungsprozesses. Um eine gewisse Kontinuität der Planung, Finanzierung und Durchführung von Projekten und Programmen zu sichern, dürfen die Exporterlöse keinen allzu großen und unerwarteten Schwankungen unterliegen. Die Entwicklungsländer streben daher des weiteren ein Finanzierungssystem an, das „... im Rahmen internationaler Vereinbarungen finanzielle Kompensationen zum Ausgleich der Schwankungen der Exportvariablen<sup>21</sup>“ vorsieht.

Eine Antwort auf diese Forderungen war das 1963 vom Internationalen Währungsfonds eingerichtete System der kompensatorischen Finanzierung, das von den Entwicklungsländern jedoch nicht als ausreichend angesehen wird. Im regionalen Rahmen ist das sog. STABEX-System des 1975 zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Staaten des afrikanischen, karibischen und pazifischen Raums vereinbarten Lomé-Abkommens zu nennen, das eine gewisse internationale Resonanz gefunden hat. Weitergehende Vorschläge in dieser Richtung sind von der 7. Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen, von verschiedenen Industriestaaten, aber auch von der UNCTAD gemacht worden.

Auf die Details solcher Ausgleichszahlungs-Systeme (wie Kompensationsgegenstand, Definition der Schwankungen, Art der Inanspruchnahme, Finanzierungsbasis, begünstigte Länder, reale oder nominale Erlössstabilisierung usw.) eingehen zu wollen, würde hier jedoch zu weit führen<sup>22</sup>. Wichtig ist aber, daß die UNCTAD ein solches System zum Ausgleich von Exporterlösschwankungen in Ergänzung der anderen Maßnahmen als integrativen Bestandteil des Rohstoffprogramms ansieht, weil die Befürchtung besteht, daß die übrigen Elemente jeweils für sich genommen ein unerwünschtes Maß an Erlösschwankungen nicht in jedem Fall verhindern werden – insbesondere da die vorgesehene Zahl der Rohstoffe keineswegs umfassend ist.

Die kompensatorische Finanzierung hat im Rahmen des integrierten Rohstoffprogramms daher eine „Feuerwehraufgabe“ zu erfüllen. Sie soll einsetzen, wo die anderen Maßnahmen nicht greifen<sup>23</sup>, d. h. vor allem auf die Erlösausfälle ausgerichtet sein, die beim Export der Güter auftreten können, die im Rohstoffprogramm nicht berücksichtigt sind.

---

21 Ausführlich hierzu M. R. Schams: Die Bedeutung der kompensatorischen Finanzierung für die Entwicklungsländer, Hamburg 1974, hier S. 16.

22 Vgl. dazu D. Kebschull et al., a. a. O., S. 123 ff.

23 Vgl. ebenda, S. 147 ff.

#### d) *Relative Erlösstabilisierung durch Indexierung*

Neben den bisher genannten Vorschlägen und darüber teilweise hinausgehend, sind andere Vorschläge in der Diskussion. Der Zweck des Indexierungs-Vorschlages besteht darin, den realen Wert der Exporterlöse der Entwicklungsländer zu erhalten; das Verhältnis zwischen Rohstoff- und Industriegüterpreisen soll wirkungsvoll stabilisiert werden<sup>24</sup>.

Dieser Aspekt des terms of trade-Problems spielte schon in der Vergangenheit eine große Rolle. In der „Erklärung und Aktionsprogramm über die Errichtung einer Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung“ (1974) forderten die Entwicklungsländer ein faires und gerechtes Verhältnis zwischen den Preisen der von ihnen exportierten und den Preisen der von ihnen importierten Produkte. Ausgangspunkt der Forderung ist die Feststellung, daß sich die realen Preise der Rohstoffe (gegenüber den Investitions- und Konsumgüterpreisen) seit 1960 weiter verschlechtert haben. Durch entsprechende Indexierung sollen die Ausbeutung der Entwicklungsländer verhindert, die Negativierung ihrer Zahlungsbilanzen vermieden und die Finanzierung des Entwicklungsprozesses garantiert werden.

In den meisten Industrieländern ist die Indexierung heftig kritisiert worden, nicht nur, weil sie auf alle Rohstoffe angewendet werden soll, sondern vor allem mit dem Hinweis auf eine zu erwartende inflatorische Wirkung, auf einen strukturerhaltenden (d. h. Strukturwandel verhindernden) Effekt und auch aus sonstigen ordnungspolitischen Gründen (Lenkungs- und Signalfunktion der Preise in der Marktwirtschaft).

Seltener sind in der betreffenden Literatur dagegen Hinweise zu finden darüber, daß hiermit eventuell ein sinnvoller Beitrag zur notwendigen Konservierung von Rohstoffen geleistet werden könnte, daß aus Gründen des schonenden Umgangs mit begrenzten und knapper werdenden Ressourcen die terms of trade sich eigentlich zugunsten der Rohstoffe verändern müßten bzw. daß eine entsprechend orientierte Preispolitik zu fördern sei. (Relativ und absolut höhere Rohstoffpreise würden ganz sicherlich das Recycling und die bessere Nutzung der Rohstoffe positiv beeinflussen.) Stattdessen liest man häufig die folgende These: bei einer Preisanpassung von Rohstoffen einerseits und Fertigwaren andererseits (Indexierung) werde die Abhängigkeit der Entwicklungsländer vom Rohstoffexport festgeschrieben. Daß Rohstoffländer durch relative Erlösstabilisierung die notwendige Diversifizierung ihrer Wirtschaftsstruktur erreichen könnten, steht zu dieser These in Widerspruch.

Dem Argument, daß bei der geforderten Indexierung die Produktion von Rohstoffen zu lohnend bliebe, als daß davon Anreize zur Diversifizierung ausgehen könnten, entspricht der Vorstellung, als seien die Entwicklungsländer Rentiers – zufrieden mit dem, was einkommt und ohne eigene Entwicklungsambitionen. Daß die Rohstoffländer mit dieser Forderung die weltweite Inflationierung begünstigten, dies

---

<sup>24</sup> Ausführlich hierzu D. Kobschull et al., a. a. O., S. 173 ff.

Argument wiederum übersieht die Quelle, von der die weltweite Inflationierung bisher wesentlich gespeist wird: die Preiserhöhungen bei Industriegütern<sup>25</sup>.

Hiermit sei indes keineswegs der Indexierung das Wort geredet. Diese Forderung ist tatsächlich in hohem Maße schematisch, an einen geeigneten Index, die Festlegung von Referenzpreisen usw. gebunden, und damit viel zu unflexibel. Daß damit die Zielrichtung der Preisanpassung bei Rohstoffen und der relativen Erlösstabilisierung zugunsten der Entwicklungsländer aber bereits falsch sei, ist damit nicht gesagt.

*e) Anbieterzusammenschlüsse als Mittel zur Erlösstabilisierung*

Die meisten Entwicklungsländer sind mit der Entwicklung ihrer Rohstofferteilungen unzufrieden. Da die Industrieländer ihrerseits Preiserhöhungen für Rohstoffe freiwillig nicht ohne weiteres zugestehen werden, ist für die Entwicklungsländer der Aufbau einer wirksamen Gegenmacht auf den Rohstoffmärkten durch Anbieterzusammenschluß (Kartellierung) seit geraumer Zeit und in den letzten Jahren verstärkt diskutiert worden. Ein wichtiges Auslösemoment hierfür waren ganz sicherlich die relativen Erfolge des Öl-Kartells.

Anders als bei der fast einhelligen Ablehnung der Indexierungs-Methode unterstützen inzwischen auch viele Ökonomen diese Bestrebungen der Entwicklungsländer – zum Teil allerdings wohl nur, weil sie wissen, daß ein langfristig funktionsfähiges Kartell Bedingungen voraussetzt, die bei den meisten Rohstoffen nicht gegeben sind. Anbieterzusammenschlüsse (Kartelle) sind nur dann wirksam, wenn:

- das Angebot in wenigen Ländern konzentriert ist;
- Mengenregulierung und Preisfixierung funktionieren;
- die Homogenität der Güter hoch und
- die nationale Verfügungsmacht gewährleistet ist, d. h. insbesondere der Einfluß der transnationalen Unternehmen gering ist.
- Einheitlichkeit der Willensbildung, Monopolisierungsgrad, Informationsfluß, Kostenneutralität, Elastizitätsbedingungen, Quoten- und Preisfixierung, Substitution auf der Nachfragerseite, all dies sind weitere Stichworte, die hier zu nennen wären<sup>27</sup>.

Diese genannten Bedingungen für erfolversprechende Anbieterzusammenschlüsse sind nur bei wenigen Rohstoffen erfüllt; die OPEC ist insofern sicherlich kein Beispiel, das man ohne weiteres nachahmen kann. Doch sind funktionsfähige Kartelle im Rohstoffbereich keineswegs ausgeschlossen. Dabei wird aber auf jeden Fall auch hier ein Verteilungsproblem für die Entwicklungsländer auftreten, weil die Zahl der jeweils potentiell Begünstigten klein ist im Vergleich zu der Gesamtzahl der Entwicklungsländer.

---

<sup>25</sup> Bei D. Keschull et al., a. a. O., S. 199 heißt es: „Die mit der Indexierung angestrebte automatische Erhöhung der Rohstoffpreise begünstigt eine unkontrollierbare weltweite Inflationierung.“ Was dagegen die bereits vorhandene Inflation begünstigt, wer jetzt inflationiert, darüber sagen die Autoren nichts.

<sup>26</sup> Vgl. auch die betreffenden Aussagen des RIO-Berichts, a. a. O., S. 37 ff. und 146 ff.

<sup>27</sup> Ausführlich hierzu wieder D. Keschull et al., a. a. O., S. 204 ff.



### f) Vertikale Diversifizierung

Nach herrschendem Konsens ist die allgemeine qualitative und quantitative Aufächerung (Diversifizierung) der Wirtschaftsstruktur der Entwicklungsländer eine elementare entwicklungspolitische Notwendigkeit. Ein Indikator hierfür ist der niedrige Anteil der Entwicklungsländer an der Welt-Industrieproduktion, insbesondere bei den Investitionsgütern. Die Forderung nach einer speziellen Diversifizierung der Exporte richtet sich gegen die vorhandenen Monostrukturen und Rigiditäten, sowohl in Hinblick auf Produkte (Produktdiversifizierung) als auch auf Absatzmärkte (Marktdiversifizierung). Diversifizierung ist in horizontaler, vertikaler und punktueller Form durchführbar. Die im Rohstoffprogramm der UNCTAD enthaltenen Vorstellungen zielen vor allem auf vertikale Produktdiversifizierung, wobei insbesondere die ersten Produktionsstufen der Rohstoffbe- und -verarbeitung im Vordergrund stehen<sup>28</sup>.

Die Notwendigkeit der Diversifizierung zu begründen scheint sich zunächst zu erübrigen. Wichtig für den Nord-Süd-Dialog ist jedoch die Frage der daraus sich ergebenden Anpassungsnotwendigkeiten, und zwar nicht nur in Entwicklungsländern, sondern auch vor allem in den Industrieländern<sup>29</sup>):

Was den ersten Punkt betrifft, so muß klar sein, daß Diversifizierung (und die damit einhergehende Erhöhung der Industrieproduktion) in den Entwicklungsländern auch eine größere Nachfrage nach (den eigenen) Rohstoffen zur Folge haben wird. Aktivere Konservierung knapper Rohstoffe und Recycling werden daher auch aus diesem Grunde in Zukunft verstärkt notwendig werden.

Was den zweiten Punkt betrifft, so fordern die Entwicklungsländer z. B. seit langem die Beseitigung der tarifären und nichttarifären Handelshemmnisse. Das von den Industrieländern praktizierte Zollsystem sieht für Rohstoffe und wenig verarbeitete Importerzeugnisse keine oder niedrige, für Erzeugnisse höherer Verarbeitungsstufe dagegen hohe Zollsätze vor (wobei die Staffelung der Zollsätze in Abhängigkeit vom Verarbeitungsgrad dazu führt, daß die inländischen Anbieter effektiv einen höheren Zollschutz genießen, als im Nominalzollsatz zum Ausdruck kommt)<sup>30</sup>. So hat das allgemeine Präferenzsystem der Europäischen Gemeinschaft von Beginn der 70er Jahre zwar allgemein zum Abbau von Handelshemmnissen geführt, die verbliebenen diversen protektionistischen Vorkehrungen werden von den Entwicklungsländern aber zurecht beklagt. Die UNCTAD fordert daher eine Ausweitung der Zollpräferenzen, die Aufhebung von Beschränkungen hinsichtlich des Einfuhrvolumens, die Ausschaltung der Länder-Höchstregelungen u. a. m.<sup>31</sup>.

Diese und andere Beispiele tarifärer und nichttarifärer Handelshemmnisse in Europa zeigen, daß dem Schutzbedürfnis der heimischen Industrie nach wie vor in besonderem Maße Rechnung getragen wird und damit den Ländern der Dritten Welt Entwick-

<sup>28</sup> Vgl. ebenda, S. 260 ff.

<sup>29</sup> Vgl. U. E. Simonis, „Neue Internationale Wirtschaftsordnung“, a. a. O.

<sup>30</sup> Vgl. D. Kebschull et al., a. a. O., S. 265 ff.

<sup>31</sup> Hierzu und zu weiteren Forderungen in diesem Bericht vgl. UNCTAD: An Integrated Programme for Commodities. Measures to Expand Processing of Primary Commodities in Developing Countries, TD/B/C.1/197, Genf 1975.

lungsmöglichkeiten genommen werden. Allein schon der Begriff „sensible Produkte“ (das sind Waren, bei denen das EG-Präferenzsystem eine Quotenaufteilung der Einfuhrmengen vorsieht) spricht deutlich für das Schutzbedürfnis der Industrieländer. Schutzzölle (und sonstige Schutzmaßnahmen) aber sind das, was die ökonomische Theorie für das Frühstadium, nicht das Spätstadium der wirtschaftlichen Entwicklung empfiehlt.

Die Kritik der UNCTAD an den Industrieländern betrifft, was die Diversifizierungsfrage angeht, nicht nur die offenen und versteckten Barrieren – die verbliebenen Einfuhrlicenzen, Steuern und Gebühren, die Sicherheitsbestimmungen, die direkten oder indirekten Subventionen usw. – die von der Handels- und Wirtschaftspolitik der Industrieländer errichtet worden sind. Sie attackiert auch und vor allem die Geschäftspraktiken der transnationalen Unternehmen, den von diesen Unternehmen gesteuerten Technologie- und Informationstransfer, aber auch die Konsummuster der Industrieländer. Wachstumsrate und Struktur der Rohstoffausbeutung sind unmittelbar verknüpft mit den Konsumgewohnheiten in den Nachfragerländern – und die wichtigsten Rohstoffnachfrager sind bisher die westlichen Industrieländer.

Der erste Teil dieser Probleme für die Entwicklungsländer entsteht aufgrund von (*realen oder vermeintlichen*) *Strukturschwächen in bestimmten Wirtschaftssektoren* der Industrieländer, der letzte aufgrund von (nicht kontrollierten) Stärke- oder Machtpositionen. Beides erfordert aktive Maßnahmen zur Umstrukturierung in den Industrieländern, zur Anpassung von Wirtschaft und Gesellschaft an eine sich ändernde internationale Arbeitsteilung. Dies schließt meines Erachtens längerfristig einen teilweisen Wachstumsverzicht ein bzw. muß die Förderung eines „qualitativen Wachstums“ bedeuten<sup>32</sup>.

Die Erfolgsaussichten der Diversifizierung der Wirtschafts- und Exportstruktur der Entwicklungsländer werden also nicht nur durch Umstellung auf marktgängige Produkte, sondern auch durch das Maß der Öffnung des Marktzugangs in den Industrieländern bestimmt; Abbau von Handelshemmnissen und Anpassung der Wirtschaft der Industrieländer müßten Hand in Hand gehen.

Herbert Giersch hat auf die Frage, was der Westen den Entwicklungsländern anbieten kann, eine spontane Antwort gegeben, die ich – obwohl ich sie nicht für ausreichend halte – hier zitieren möchte: „Laßt uns den Entwicklungsländern unsere Märkte öffnen, so wie wir untereinander die Märkte geöffnet haben. Dies wäre eine radikale Antwort auf die ebenso radikale Forderung nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung; und es wäre eine Antwort, mit der der Westen am besten glaubhaft machen kann, daß Handel und Faktormobilität für die beteiligten Länder kein Nullsummenspiel sind . . .“<sup>33</sup>

---

32 „Qualitatives Wachstum“ ließe sich im Zusammenhang des Themas dieser Abhandlung dann als Wachstum der Wirtschaft definieren, das mit einem (wesentlich) geringeren Rohstoff- und Energieeinsatz und mit einer (wesentlich) niedrigeren Belastung der natürlichen Ressourcen je produzierter Produktionseinheit auskommt. Vgl. hierzu U. E. Simonis: Kriterien qualitativen Wachstums, in: *Vorgänge. Zeitschrift für Gesellschaftspolitik* 30, 1977, S. 44–64.

33 H. Giersch, a. a. O., S. 23.

### *g) Vorläufige Einschätzung der Forderungen*

Wenn man eine unvoreingenommene Würdigung des Integrierten Rohstoffprogramms der UNCTAD versucht, so erweisen sich m. E. die vorgesehenen Maßnahmen von der Konzeption her insgesamt als ein ziemlich widerspruchsfreies, einander sich ergänzendes Programm. Dagegen würden sich bei der Durchführung der Maßnahmen diverse Widersprüche ergeben<sup>34</sup>. Während sich zum Beispiel der Mechanismus des buffer-stock immer wieder an den konkreten Marktbedingungen ausrichten würde, zielen Anbieterzusammenschlüsse auf die Schaffung einer andersartigen Marktstruktur. Nicht alle Entwicklungsländer werden von den Maßnahmen und nicht in gleicher Weise profitieren: die darin liegende Verteilungsfrage ist bisher nicht sorgfältig behandelt worden. (Kritisch mag auch angemerkt werden, daß die Vorschläge begrifflich sehr westlich geprägt sind; die Ausstrahlung, die unsere wissenschaftliche Sprache ausübt, ist geradezu zwanghaft.)

Man kann festhalten, daß sich ein relativ geschlossenes Konzept für die zukünftige Rohstoffpolitik ergeben könnte durch die Einrichtung und Finanzierung von bufferstocks und die Schaffung eines Systems zur Stabilisierung der Exporterlöse, das von flankierenden Maßnahmen in Hinblick auf qualitative Diversifizierung begleitet wäre. Daneben werden sich die Entwicklungsländer um die Bildung von Anbieterzusammenschlüssen bemühen, die ihrerseits Testfall sein werden für die Möglichkeit langfristig abgestimmten Verhaltens.

Geht man davon aus, daß es langfristig in irgendeiner Form zu kooperativen Vereinbarungen im „Nord-Süd-Dialog“ kommen muß, dann müssen konstruktive Alternativen zum Bestehenden entwickelt werden. Es wäre falsch, Rohstoffabkommen generell mit einer Ausschaltung des Marktmechanismus gleichzusetzen. Sie sollten vielmehr als ein Mittel zur Vermeidung extremer Preisschwankungen gesehen und könnten entsprechend gestaltet werden. Grundlegenden Marktveränderungen kann man mit Preiskorrekturen und Verschiebungen des Interventionsbereichs Rechnung tragen. In dieser Beziehung erscheint damit „Stufenflexibilität“ als gangbarer Weg aus der Sackgasse des ordnungspolitischen status quo.

## **V. Zu den Antworten der Industrieländer auf die Forderungen der Entwicklungsländer im Rohstoffbereich**

Wie aber lassen sich die bisherigen offiziellen „Antworten“ der Industrieländer auf die Forderungen der Entwicklungsländer im Rohstoffbereich umschreiben? Was haben sie außer eher defensiven Maßnahmen, wie das Anlegen nationaler oder europäischer Rohstoffreserven, Revitalisierung eigener Rohstoffquellen usw. getan? Was ist neben den national orientierten Maßnahmen – wie der Forderung nach schonenderem Umgang mit Ressourcen und der Förderung des Recycling – international im Nord-Süd-Gefälle wesentliches unternommen worden?

Die meisten Industrieländer Europas, aber auch die USA und Japan, haben bis in die jüngste Zeit hinein das UNCTAD-Konzept für nicht machbar, ja für bedenklich gehalten. (In Bezug auf die offizielle Haltung der Bundesrepublik ist dies eher sehr höflich ausgedrückt.) Auf der 4. Welthandels- und Entwicklungskonferenz in Nairobi

<sup>34</sup> So auch D. Kechschull et al., a. a. O.

1976 war zwar vereinbart worden, daß „Schritte in Richtung auf das Aushandeln eines Gemeinsamen Fonds unternommen werden sollen“. Die daraufhin ab Herbst 1976 bis Frühjahr 1977 in Genf geführten Verhandlungen brachten sachlich jedoch keinen Fortschritt. Auf der Pariser Konferenz über wirtschaftliche Zusammenarbeit wurde Mitte 1977 eine Einigung über die Errichtung eines Gemeinsamen Fonds erreicht, „dessen Zweckbestimmung, Ziele und sonstigen Aspekte im Rahmen der UNCTAD ausgehandelt werden sollen“. Diese Formel ging kaum über die von Nairobi hinaus.

Seither hat es allerdings einige Auflockerungen gegeben, die in Richtung „Erlösstabilisierung“ und „Produktspezifische Abkommen mit Pool-Lösung“ hinauslaufen, d. h.: Bereitschaft zu einzelnen Rohstoffabkommen mit einem Fonds, der die Funktion einer Clearingstelle übernimmt. Doch dann hatte der amerikanische Delegierte (Allen Wendt) zu Beginn der weiteren Verhandlungen im „Nord-Süd-Dialog“ November 1977 die Position der westlichen Staaten in der Bemerkung zusammengefaßt, „... sie seien nicht zur Würdigung einer neuen Weltwirtschaftsordnung nach Genf gekommen, sondern zu einer Diskussion über geschäftliche Fragen<sup>35</sup>“.

Das dort vorgelegte Positionspapier der Gruppe der Industrieländer war mit nur fünf Seiten auffallend kurz und führte den Titel: „Elemente für die Basis eines Gemeinsamen Fonds.“ Diese Formulierung zeigt, daß man offenbar nur Bruchstücke von gemeinsamen Vorschlägen liefern wollte. Doch war die (ablehnende) Einigkeit der westlichen Industrieländer in der jüngsten Zeit insofern nur partiell, als über das Gros der Fragen im OECD-Verband durchaus keine Einigkeit bestand. Die Regierungen von Holland und Schweden sind mehrfach aus der Phalanx der Ablehnung der Forderungen der Entwicklungsländer ausgebrochen.

Zweck der wieder aufgenommenen Verhandlungen sollte nach dem genannten Positionspapier sein, der eingegangenen Verpflichtung auf Schaffung eines Fonds praktische Wirkung zu geben. Die Ziele wurden jedoch enger umschrieben als die des UNCTAD-Plans: nur die Erleichterung der Finanzierung von Ausgleichslagern und des Abschlusses von einzelnen Rohstoffabkommen werden in diesem Zusammenhang benannt. Bei den Rohstoffabkommen selbst sollen Preisskalen und obere Grenzen der zu bildenden Ausgleichslager festgesetzt werden. Davon hängen dann die maximalen Finanzerfordernisse der einzelnen Rohstoffabkommen ab, die ihrerseits, und das ist ein Punkt, autonom sein sollen und die ausschließliche Verantwortung für die Marktoperationen haben. Der Fonds in Form einer Clearingstelle soll nicht versuchen, sich in die Entscheidungen der einzelnen Rohstoffabkommen einzumischen. Er soll ihnen aber Kredite geben, um ihre Lageroperationen zu unterstützen.

Gegenüber Aufgaben, die über diese Aufgaben hinausgehen, ist man bei der Gruppe der Industrieländer weiterhin sehr zurückhaltend. Man beschränkt sich darauf anzumerken, daß andere Maßnahmen für die ärmsten Rohstoffexportländer und für Rohstoffe mit ständig schwachem Markt in Frage kommen könnten. Dies ist die Idee der „Erlösstabilisierung“ in eher unscharfer Form.

---

35 Nach Frankfurter Allgemeine Zeitung, 10. November 1977.

Insgesamt gesehen sind also nach wie vor wesentliche Unterschiede zwischen dieser Position der Industrieländer und dem vorgelegten Konzept der UNCTAD und den sonstigen Forderungen der Entwicklungsländer festzustellen<sup>36</sup>. Eine Prognose darüber, wie auch die 5. Welthandels- und Entwicklungskonferenz in Manila 1979 enden wird, ist schwierig. Eine weitere Auflockerung der Haltung der Industrieländer könnte sich im Hinblick auf einzelne Rohstoffabkommen ergeben. Anders als in Finanzierungs- und Lenkungsfragen und der Verteilung von Stimmrechten, sind hier konkrete Interessen der Industrieländer lokalisierbar. Die Statistiken geben relativ genaue Hinweise über die Bedeutsamkeit von Rohstoffen für die eigene Volkswirtschaft. Daneben sind „Rohstoffsicherung“ und „Preisstabilität an der Rohstofffront“ wichtige Stichworte für die Psychologie des wirtschaftlichen Handelns. Der Generalsekretär der UNCTAD, Gamani Corea, gibt sich inzwischen hoffnungsvoll: noch vor der 5. Konferenz will er es schaffen, „vielleicht nicht in allen Einzelheiten, aber doch die grundlegenden Probleme bei vielen Dingen, die wir in Nairobi auf den Weg gebracht haben, abzuschließen“<sup>37</sup>.

Es gibt eine ganze Reihe weiterer Punkte, die zeigen, warum eine neue Haltung der Industrieländer im „Nord-Süd-Dialog“ immer notwendiger wird<sup>38</sup>:

- die alte Ordnung als sakrosankt zu erklären, wäre politisch irrational; die wachsende politische Bedeutung der Entwicklungsländer ist ein welthistorisches Faktum;
- die Industrieländer sind rohstoffpolitisch von den Entwicklungsländern abhängig; von ihnen unabhängig zu werden ist weder möglich noch notwendig;
- die Industrieländer können ihr eigenes rohstoffpolitisches Ziel der sicheren Versorgung nur dann erreichen, wenn sie den Entwicklungsländern bei deren Problemen, die gerade wesentlich im Rohstoffbereich liegen, mehr als bisher entgegenkommen.
- Wichtig ist schließlich die stärkere Beachtung eines Punktes, der im zweiten Bericht an den Club von Rom wie folgt umschrieben wird: „Es ist eine erstaunliche Tatsache, daß die Wirtschaft in den Industrienationen seit Beginn der industriellen Revolution mit den nichterneuerbaren Rohstoffen so umgegangen ist, als seien sie Teile ihres ständigen Einkommens, mit denen man wie mit anderen Einnahmen verfahren könne. Dabei stellen die Rohstoffvorräte kein ‚Einkommen‘, sondern ‚Kapital‘ dar, das man nicht aufzehren kann, ohne den Ast abzusägen, auf dem man sitzt“<sup>39</sup>.
- Die Entwicklungsländer erheben Forderungen, die die Industrieländer vor schwierige Probleme stellen und mit denen diese sich in Zukunft verstärkt auseinandersetzen müssen. Eine Konfrontationsstrategie ist dabei auf Dauer nicht

36 Die Verhandlungen über die Schaffung eines Gemeinsamen Fonds in Genf sind vorzeitig beendet worden. Als Grund für den Abbruch wurde bekanntgegeben, „... daß sich die Standpunkte der Entwicklungsländer und der Industrieländer seit Beginn der Verhandlungsrunde Anfang November 1977 nicht angenähert haben“. Frankfurter Rundschau, 1. Dezember 1977.

37 Wirtschaftswoche Nr. 49, 1. Dezember 1978, S. 36.

38 Vgl. hierzu z. B. C. Heimpel: Perspektiven einer Neuordnung der Weltrohstoffwirtschaft, in: Neue Elemente in den Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, Berlin 1975, S. 62–76.

39 M. Mesarovic, E. Pestel et al.: Menschheit am Wendepunkt. 2. Bericht an den Club of Rome zur Weltlage, Stuttgart 1974, S. 28.

sinnvoll; sie gefährdet die internationale Stabilität und schließt eine harmonische Entwicklung der Weltwirtschaft aus. Die Verständigung muß darin gesucht werden, daß es eine einzige, ein für allemal gültige Antwort zu der Rohstofffrage nicht gibt, daß die Option gerade in der Kombination von Teilelementen – und damit im Kompromiß – liegt.

## VI. Einige Schlußbemerkungen

Werden die Industrieländer, wird der Westen, wird Europa zukünftig in der Lage sein, einen konsistenten und zugleich konstruktiven „Nord-Süd-Dialog“ zu führen? Wir sehen uns einer Komplexität von Fragen und Problemen gegenüber, die zumindest Zweifel berechtigt sein lassen, ob diese Aufgabe zu lösen ist. Es gibt auch eine Reihe von qualifizierten Ökonomen, die für die Entwicklungsländer in einem marktwirtschaftlichen Prinzipien folgenden Welthandel keine echten Chancen mehr sehen: Dissoziation lautet ihre Devise, zeitweilige Abkoppelung aus dem westlich dominierten, kapitalistisch organisierten Welthandel. Diese Devise wird in Zukunft allgemein an Bedeutung gewinnen, wenn von den Industrieländern keine qualitative Veränderung im „Nord-Süd-Dialog“ zugestanden wird.

In einem neueren Buch mit dem Titel „Die Neuordnung der Weltwirtschaft“ heißt es u. a.: „Auf die grundlegende Frage nach einer von wirtschaftlicher und sozialer Gesamtverantwortlichkeit und Solidarität getragenen kooperativen Weltwirtschaft gibt es bisher keine überzeugende Antwort . . . Der bisherige Verlauf der Diskussion um eine Änderung der weltwirtschaftlichen Beziehungen vermittelt den Eindruck, als ob die Industrieländer die Herausforderung der Dritten Welt als Angriff auf ihren Besitzstand verstehen<sup>40</sup>.“

Dieses Buch ist von Wissenschaftlern geschrieben worden, die ansonsten aber an den von mir hier skizzierten und diskutierten Vorstellungen der Entwicklungsländer kaum ein gutes Haar lassen. Es enthält jedoch ein Vorwort, in dem ein dagegen sehr weitsichtiger Politiker folgendes sagt: „Wir schreiben . . . niemandem vor, unseren Weg zu gehen, wenn er aus Tradition, eigener Entscheidung oder historischer Situation einen anderen Weg einschlagen will . . . Die Neue Internationale Wirtschaftsordnung . . . kann nichts anderes sein, als das Nebeneinander verschiedener Teil-Ordnungen<sup>41</sup>.“ Wenn sich darüber hinaus die strukturellen Voraussetzungen der Entwicklungsländer wesentlich von denen unterscheiden, die die Grundlage für die Entwicklung der heutigen Industrieländer waren, dann müssen sie auch andere Wege gehen und andere Maßnahmen vorsehen können.

In einer vor kurzem erschienenen Besprechung dieses Buches kann man dazu lesen: „Wissenschaftler brauchen nicht einen noch hinhaltenderen Widerstand gegen neue Forderungen zu leisten, als das Vertreter ihrer Regierung tun<sup>42</sup>.“ Diesen Satz möchte ich auch gern für meine eigene Einschätzung der vorliegenden Thematik in Anspruch nehmen.

---

40 R. Jonas, M. Tietzel (Hrsg.): Die Neuordnung der Weltwirtschaft, a. a. O., S. 11 f.

41 Egon Bahr: Vorwort, in: Ebenda, S. 9.

42 Vom Verfasser, in: Vorgänge. Zeitschrift für Gesellschaftspolitik, 28, 1977, S. 115.